SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Weizenbaum Report 2021: Politische Partizipation in Deutschland

Emmer, Martin; Leißner, Laura; Strippel, Christian; Porten-Cheé, Pablo; Schaetz, Nadja

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Forschungsbericht / research report

Diese Arbeit wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen: 16DII121, 16DII122, 16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126, 16DII127, 16DII128 - Deutsches Internet-Institut). / This work has been funded by the Federal Ministry of Education and Research of Germany (BMBF) (grant no.: 16DII121, 16DII122, 16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126, 16DII127, 16DII128 - Deutsches Internet-Institut).

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Emmer, M., Leißner, L., Strippel, C., Porten-Cheé, P., & Schaetz, N. (2021). *Weizenbaum Report 2021: Politische Partizipation in Deutschland.* (Weizenbaum Report, 2). Berlin: Weizenbaum Institute for the Networked Society - The German Internet Institute. https://doi.org/10.34669/wi.wr/2

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

weizenbaum
institut

WEIZENBAUM REPORT 2021

Politische Partizipation in Deutschland

WEIZENBAUM REPORT 2021

Politische Partizipation in Deutschland

Prof. Dr. Martin Emmer \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

Laura Leißner, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

Christian Strippel, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

Jun.-Prof. Dr. Pablo Porten-Cheé \ Universität Heidelberg \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

Nadja Schaetz \ Universität Hamburg \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

KONTAKT

Prof. Dr. Martin Emmer
martin.emmer@fu-berlin.de

HERAUSGEBER

Der Vorstand des
Weizenbaum-Institut e.V.
Prof. Dr. Christoph Neuberger
Prof. Dr. Sascha Friesike
Prof. Dr. Martin Krzywdzinski
Dr. Karin-Irene Eiermann

Hardenbergstraße 32
10623 Berlin

Tel.: +49 30 700141-001
E-Mail: info@weizenbaum-institut.de
Web: www.weizenbaum-institut.de

Der Weizenbaum Report 2021 „Politische Partizipation in Deutschland“ wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen 16DII121, 16DII122, 16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126, 16DII127, 16DII128 – Deutsches Internet-Institut).

DOI 10.34669/wi.wr/2

ISSN 2748-9302

LIZENZ

Diese Veröffentlichung ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0) lizenziert: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Weiterführende Informationen zur Arbeit des Weizenbaum-Instituts und der Forschungsgruppe „Digital Citizenship“ finden sich im Internet hier.

GESTALTUNG

Karen Fischäder

BILDNACHWEISE

Titelbild: Unsplash \ David Dvořáček

Die Untersuchung politischer Partizipation in Deutschland 2020

Das Jahr 2020 war in Deutschland von der COVID-19-Pandemie geprägt, die das Land ab Mitte März in einen ersten Shutdown zwang. Den Lockerungen über den Sommer folgten gegen Ende des Jahres wieder stärkere Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Diese Situation hatte auch erhebliche Auswirkungen auf die politische Partizipation in Deutschland. Denn viele pandemiebedingte Einschränkungen erfassten auch die Möglichkeiten der Bürger:innen, sich politisch zu äußern und zu engagieren: So durften etwa Demonstrationen nur noch unter strengen Hygieneauflagen stattfinden, viele Aktivitäten wurden dagegen ins Internet verlagert.

Die Forschungsgruppe „Digital Citizenship“ des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft, die diese Längsschnittstudie nun im zweiten Jahr durchführt, interessiert sich insbesondere dafür, wie sich das politische und soziale Engagement in Deutschland im Kontext voranschreitender Digitalisierung entwickelt. Neben der Frage, wie sich die Nutzung und der Einsatz digitaler Medien langfristig auf demokratische Strukturen auswirken, steht in diesem Jahr – ungeplant und plötzlich – auch die Frage im Raum, wie sehr Möglichkeiten zur politischen Partizipation und damit eine zentrale Säule unseres Gemeinwesens durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eingeschränkt wurden und inwieweit digitale Formen der Beteiligung hier einen Ausgleich schaffen konnten.

Allerdings sind durch die Pandemie andere Themen nicht verschwunden: Phänomene wie Hass und Hetze im Internet oder Bemühungen um einen verstärkten Klimaschutz spielen in der Öffentlichkeit weiterhin eine wichtige Rolle als Kontext und Gegenstand von Partizipation. Auch grundsätzlichere Fragen, etwa nach sozialen Ungleichheiten in der politischen Beteiligung, bleiben relevant und werden in diesem Report ebenfalls in den Blick genommen.

Dieser Report dokumentiert ausgewählte Befunde einer bevölkerungsrepräsentativen Längsschnittuntersuchung, die im Herbst 2020 zum zweiten Mal durchgeführt wurde. Die Besonderheit dieser Studie, durch die sie sich von vielen anderen Datenerhebungen unterscheidet, ist das sogenannte Paneldesign, bei dem versucht wird, in jeder Welle dieselben Personen zu befragen, um Veränderungen im Zeitverlauf detaillierter verfolgen zu können als in Querschnittsbefragungen, die lediglich Momentaufnahmen erlauben. Methodische Details zu dieser Studie sind auf Seite 5 erläutert.

Weiterführende Informationen zur Arbeit des Weizenbaum-Instituts, der Forschungsgruppe „Digital Citizenship“ und der Methodik der vorliegenden Untersuchung finden sich im Internet unter (https://osf.io/4rdxq/).

Zentrale Befunde

1 Politische Partizipation wird durch die COVID-19-Pandemie überraschend wenig eingeschränkt.

\ Politische Beteiligung ist im ersten Pandemie-Jahr 2020 überraschend stabil geblieben: So liegt etwa der Anteil der Menschen, die im vergangenen Jahr an Demonstrationen teilgenommen haben, mit 18 Prozent auf dem Vorjahresniveau.

\ Von der Pandemie stärker beeinträchtigt ist das soziale Engagement: Die Mitarbeit in sozialen Organisationen ging im Vergleich zum Vorjahr vor allem in jüngeren Bevölkerungsgruppen (unter 35 Jahre) um fast 10 Prozentpunkte (von 45 % auf 36 %) zurück.

\ Die Mehrheit der Befragten in Deutschland (51 %) erwartet bessere politische Entscheidungen durch unabhängige Expert:innen – wobei demokratische Prozesse, Institutionen und Normen insgesamt weiterhin breite Unterstützung genießen.

2 In der Partizipation von Bürger:innen zeigen sich deutliche soziale Klüfte.

\ Menschen mit niedrigerer formaler Bildung nehmen weniger an Politik teil. Insbesondere bei internetgestützten Aktivitäten wie der Beteiligung an Online-Diskussionen oder Petitionen sind Bevölkerungsgruppen mit höherer formaler Bildung zum Teil doppelt so aktiv wie formal niedriger gebildete Bevölkerungsgruppen. Traditionelle Beteiligungsformen wie zum Beispiel die Mitarbeit in sozialen Organisationen integrieren unterschiedliche soziale Gruppen deutlich besser.

3 Menschen übernehmen Verantwortung für Kampf gegen Hassrede im Internet.

\ Mehr als die Hälfte (51 %) der Internetnutzer:innen in Deutschland ist im vergangenen Jahr mit Hassrede im Internet in Berührung gekommen, 30 Prozent haben solche Beiträge schon einmal gemeldet und 40 Prozent haben sich auch einmal öffentlich dagegen geäußert. Dahinter steht ein ausgeprägtes Problembewusstsein. So werden bürgerschaftliche Normen wie „man soll Hass und Hetze in Diskussionen im Internet entgegentreten“ von etwa drei Vierteln (73 %) der Befragten in Deutschland klar unterstützt.

4 Mehr als ein Drittel der Internetnutzer:innen kam im vergangenen Jahr in Kontakt mit Falschnachrichten.

\ In der Coronavirus-Pandemie sind sogenannte Fake-News und Verschwörungserzählungen ein brisantes und gesellschaftlich debattiertes Problem. Fast 40 Prozent der Internetnutzer:innen haben im Jahr 2020 im Internet selbst Falschmeldungen gesehen. Die Bürgerschaft reagiert darauf sehr engagiert: Zwei Drittel (65 %) gaben an, in einem solchen Fall andere Menschen direkt gewarnt zu haben; eine Meldung solcher Inhalte bei einer Plattform unternahmen dagegen wesentlich weniger Personen (27 %).

Über diese Studie

Um politische Partizipation in Deutschland umfassend beschreiben und im Zeitverlauf beobachten zu können, führt das Weizenbaum-Institut in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin seit 2019 jährlich zwischen Oktober und Dezember eine wissenschaftliche Befragung zur politischen Kommunikation und Partizipation in Deutschland durch. Die Untersuchung ist als Panelbefragung angelegt, das heißt, dass in jedem Jahr dieselben Personen befragt werden. Dies erlaubt eine bessere Beobachtung von Entwicklungen im Zeitverlauf und auch bessere Prüfung wissenschaftlicher Hypothesen als etwa Querschnittsbefragungen, die lediglich Momentaufnahmen erlauben.

Im Herbst 2020 wurden insgesamt 954 in Deutschland lebende Personen telefonisch befragt. Etwa zwei Drittel davon haben bereits im Jahr 2019 teilgenommen, ein Drittel wurde – um den Ausstieg von Teilnehmer:innen aus dem Befragungspanel auszugleichen – nach einem wissenschaftlichen Zufallsverfahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren ausgewählt. In durchschnittlich gut 20-minütigen Telefoninterviews zwischen Mitte Oktober und Mitte Dezember 2020 wurden die Teilnehmer:innen danach gefragt, wie sie das Internet nutzen, wie sie sich über politische Themen informieren und wie sie sich politisch engagieren. Zudem wurden allgemeine Fragen zu politischen Einstellungen gestellt und „Bürgernormen“ erfasst, also individuelle Vorstellungen davon, wie sich ein „guter Bürger“ oder eine „gute Bürgerin“ in unserer Demokratie verhalten sollte.

Die COVID-19-Pandemie erschwerte die Durchführung dieser Befragung. So konnten die Interviews im Telefonstudio der Freien Universität Berlin nur unter strengen Hygienemaßnahmen und mit kleinerem Stab an Mitarbeiter:innen durchgeführt werden, kurzfristige Quarantäne-Anordnungen schränkten die Abläufe ein, weshalb die Stichprobe im Jahr 2020 mit knapp 1.000 Befragten etwas kleiner ist als die Stichprobe des Jahres 2019 mit etwa 1.300 Befragten. Die Repräsentativität der Daten ist dadurch nicht beeinträchtigt, da alle Stichprobenteile auf wissenschaftlichen Zufallsziehungen basieren.[1] Bei der Interpretation der Befunde muss aber berücksichtigt werden, dass auch auf Seiten der Befragten die Bedingungen während der Pandemie verändert waren, was etwa die Erreichbarkeit und Antwortbereitschaft angeht. Manche Unterschiede zwischen den Jahren könnten durch solche Faktoren beeinflusst sein.

Der nachfolgende Bericht liefert einen kurzen Überblick über die zentralen Befunde der Befragung des Jahres 2020 sowie über Veränderungen gegenüber dem Jahr 2019. Weiterführende Informationen und eine ausführliche Erläuterung der Methodik finden sich hier (https://osf.io/4rdxq/).

---

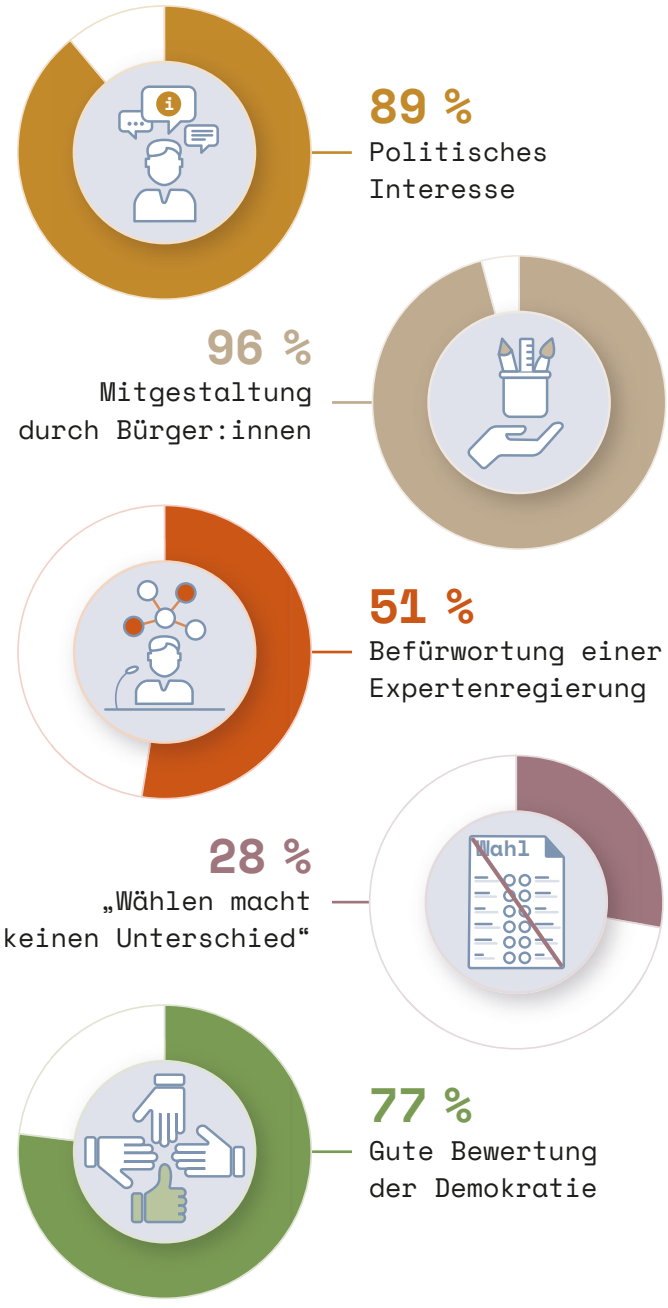
[1] Bei Stichprobenerhebungen sind Schlussfolgerungen auf die Gesamtbevölkerung mit einer gewissen Unschärfe belastet, die auf Zufallseffekte bei der Stichprobenziehung zurückgehen. Dieser Unschärfebereich beträgt hier ca. +/- 3 Prozentpunkte. Lesebeispiel: Bei einem in der Stichprobe ermittelten Wert von 85 Prozent liegt der tatsächliche Wert in der Gesamtbevölkerung (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %) zwischen 82 und 88 Prozent.

Einstellungen der Menschen in Deutschland zur Demokratie

Das zurückliegende Jahr war für viele Bürger:innen mit persönlichen Einschränkungen verbunden. Durch Restriktionen im öffentlichen Leben ab März 2020 sollte die Ansteckungsgefahr durch das SARS-CoV-2-Virus so gut wie möglich minimiert werden. Die Zeit seither stellt somit auch eine Sondersituation für die Demokratie in Deutschland dar. Politisches Engagement auf der Straße, persönliche Gespräche an Wahlkampfständen oder die Arbeit in Bürgerinitiativen vor Ort wurden durch die Pandemie stark behindert. Wie belastbar Demokratien sind, kann sich deshalb aber gerade unter diesen besonderen Bedingungen zeigen.

Grundlage für ein funktionierendes demokratisches Miteinander ist das Interesse am politischen Prozess, also daran, wie in einer Demokratie Sach- und Streitfragen diskutiert und gelöst werden. Positiv ist deshalb, dass das politische Interesse in Deutschland weiterhin auf sehr hohem Niveau liegt. Neun von zehn Bürger:innen gaben an, dass sie Politik eher oder sehr interessiert (89 %). Lediglich zwei Prozent der Bürger:innen sind gar nicht an Politik interessiert.

Dieses Interesse ist jedoch oft mit einem kritischen Blick auf Politik verbunden: So stellt über ein Viertel der befragten Bürger:innen (28 %) die Rolle von Parteien und Wahlen in Frage, indem sie der Aussage „Egal was man wählt, es macht keinen Unterschied für das, was in der Politik passiert“ voll oder teilweise zustimmen. Dies bedeutet aber zugleich auch, dass fast drei Viertel (72 %) der Ansicht sind, dass demokratische Wahlen sehr wohl einen Unterschied in der Politik ausmachen können.[2] Positiv wird grundsätzlich auch die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie bewertet. Sie wird von 77 Prozent der befragten Bürger:innen für mindestens



Demokratieeinstellungen der Bürger:innen
Basis: Zustimmung zu den genannten Aussagen, Antwortskala: stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu; n=956

[2] Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 lag bei 76 %. Entsprechend wird hier eine anhaltende Verzahnung zwischen positiver Einstellung zu Wahlen und tatsächlichem Wahlverhalten in Deutschland deutlich. Quelle: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2017/34_17_endgueltiges_ergebnis.html

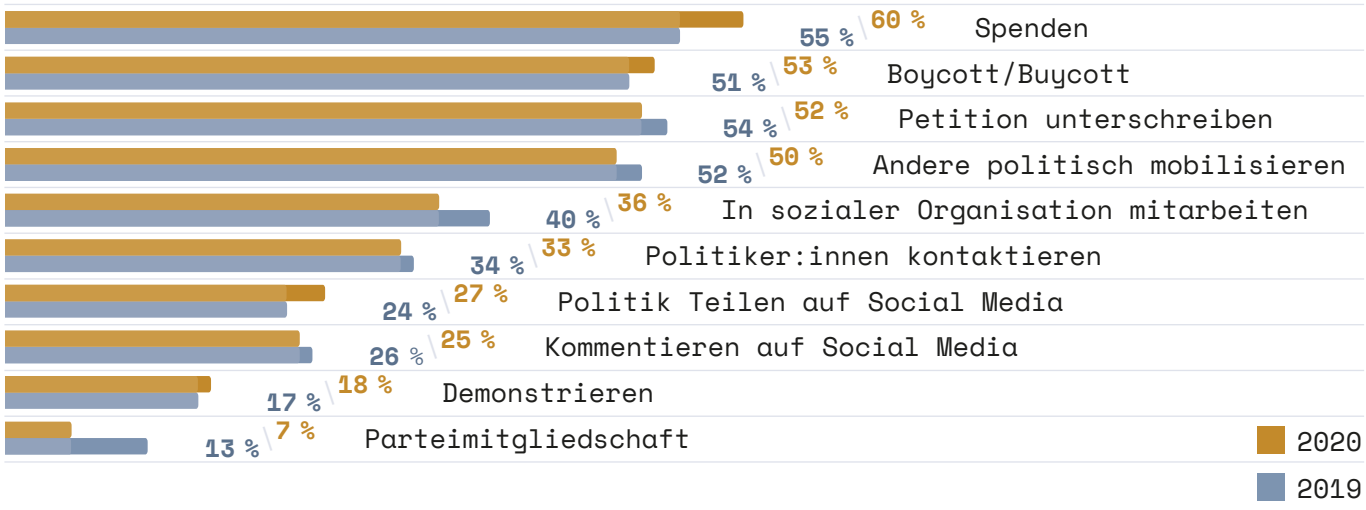
gut befunden. Die Daten deuten allerdings auch auf eine kritische Bewertung der Regierenden während der Covid-19-Pandemie hin. Im Hinblick auf das Jahr 2020, das durch eine teils hektische Suche nach Maßnahmen zur Bekämpfung des SARS-CoV-2-Virus und eine massive Präsenz von (Gesundheits-)Expert:innen in den Medien geprägt war, stimmte die Hälfte (51 %) der befragten Bürger:innen eher oder vollständig der Aussage zu, dass die Regierung besser funktionieren würde, wenn unabhängige Expert:innen die Entscheidungen treffen würden.

Auch wenn Veränderungsbedarf im demokratischen System Deutschlands gesehen wird, so sind die meisten Menschen der Demokratie gegenüber insgesamt positiv eingestellt. Die Daten zeigen auch, dass sich Bürger:innen in Deutschland aktiv in die Belange der Demokratie einbringen möchten. Fast alle der befragten Bürger:innen (96 %) unterstrichen, dass Demokratie die Mitgestaltung durch die Bürger:innen selbst erfordert und man sich dabei nicht nur auf Parteien verlassen kann.

Politische Partizipation in Deutschland im Jahr 2020

Die in der Studie gestellten Fragen zur politischen Partizipation bezogen sich auf den Zeitraum zwischen Dezember 2019 und Dezember 2020 und sind damit zum größten Teil von den Einschränkungen des alltäglichen Lebens durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geprägt. Da es sich um die zweite Befragung mit Fragen zu weitgehend gleichen Themenkomplexen handelt, lassen sich sehr gut Veränderungen in der politischen Partizipation der Deutschen zum Vorjahr beobachten.

Trotz der Einschränkungen des alltäglichen Lebens durch die Pandemie erweist sich die gesellschaftliche und politische Partizipation in Deutschland als ausgesprochen stabil. Die Veränderungen gegenüber dem Jahr 2019, also der Zeit vor den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, sind bei den meisten Tätigkeiten eher gering. Ein deutlicher Rückgang ist in der Mitarbeit in sozialen Organisationen beobachtbar, der jedoch nur in jüngeren Altersgruppen (unter 35 Jahren) statistisch signifikant ist. Dort ist ein Rückgang von 45 auf 36 Prozent



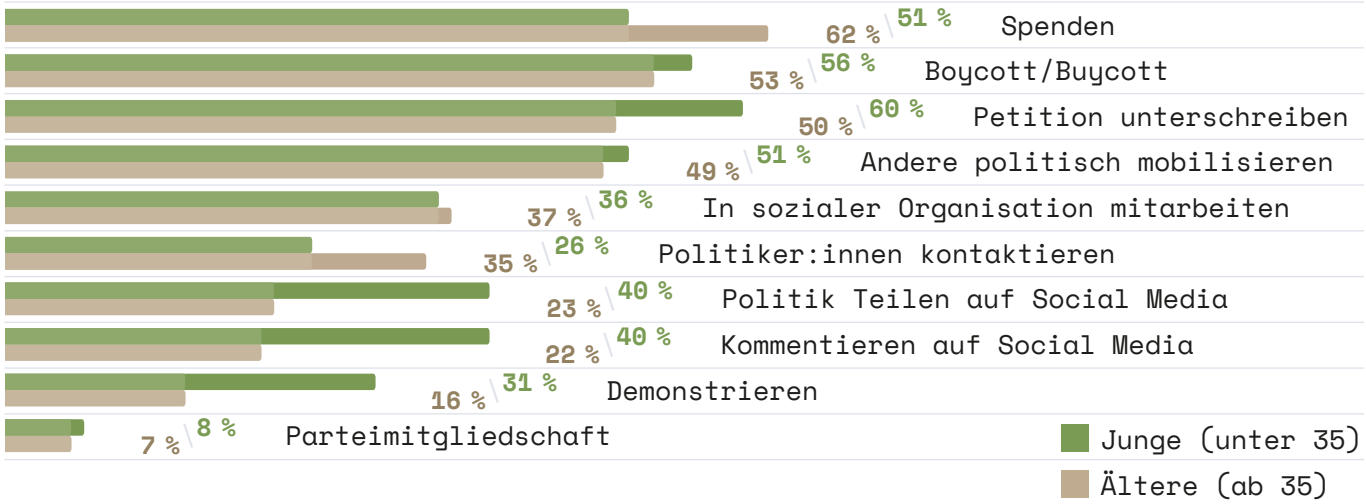
Ausgeübte Formen politischer Partizipation
Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten zwölf Monate, ja/nein-Antworten möglich; n=956

zu beobachten. Der Bedeutungsverlust von politischen Parteien ist hingegen in allen Altersgruppen ein langfristiger Trend. Zum Teil lässt sich insgesamt sogar eine leichte Zunahme in kontaktfreien und damit „pandemiesicheren“ Bereichen der Partizipation beobachten, etwa bei Spenden oder dem Teilen von Informationen über soziale Medien.

An vielen Formen politischen und gesellschaftlichen Engagements beteiligt sich mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland. Dazu gehört auch und besonders die Beteiligung am politischen Diskurs – etwa das Teilen von politischen Inhalten über soziale Medien oder auch der Versuch, andere Personen zu politischem Engagement zu motivieren.

Unterschiede, die auch mit der Vertrautheit im Umgang mit digitalen Medien zusammenhängen, zeigen sich in der politischen Partizipation zwischen den Generationen: So sind Spenden (62 zu 51 %) und direkte Kontakte zu Politiker:innen (35 zu 26 %) in der älteren Altersgruppe weiter verbreitet als bei den Jüngeren unter 35. Bei Social-Media-Aktivitäten und auch Formen des klassischen politischen Aktivismus wie Demonstrieren oder dem Unterstützen von Petitionen ist der Anteil der Teilnehmenden in der jungen Altersgruppe beinahe doppelt so groß wie unter den Älteren.

Ein kritischer Aspekt des gesellschaftlichen und politischen Engagements in Deutschland ist die unterschiedlich starke Partizipation von Menschen mit verschiedenen Bildungsniveaus: In fast allen Bereichen engagieren sich Menschen mit niedriger formaler Bildung deutlich weniger. Beim Teilen von Inhalten in sozialen Medien (36 zu 19 %), aber auch bei der Beteiligung an Boykotten (77 zu 38 %) oder Petitionen (63 zu 39 %) beteiligen sich etwa doppelt so viele Menschen aus der höchsten Bildungsgruppe (Abitur und höher) wie Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (max. Hauptschulabschluss). Es sind dagegen gerade die traditionellen und formal organisierten Aktivitäten, die hier verschiedene Bildungsgruppen besser integrieren: Die Unterschiede sind bei Parteimitgliedschaft (9 zu 7 %), Kontaktaufnahme mit Politiker:innen (36 vs. 30 %) oder der Mitarbeit in sozialen Organisationen (41 vs. 35 %) wesentlich geringer. Eine höhere formale Bildung ist damit auch mit mehr Chancen auf politischen und gesellschaftlichen Einfluss, insbesondere über digitale Beteiligungsformen, verbunden. Dies lässt den Schluss zu, dass digitale Medien zumindest vordergründig wenig zu einer stärkeren gesellschaftlichen Inklusion und einem Abbau gesellschaftlicher Spaltungen beitragen; sie scheinen die Kluft im Gegenteil sogar noch zu vergrößern.



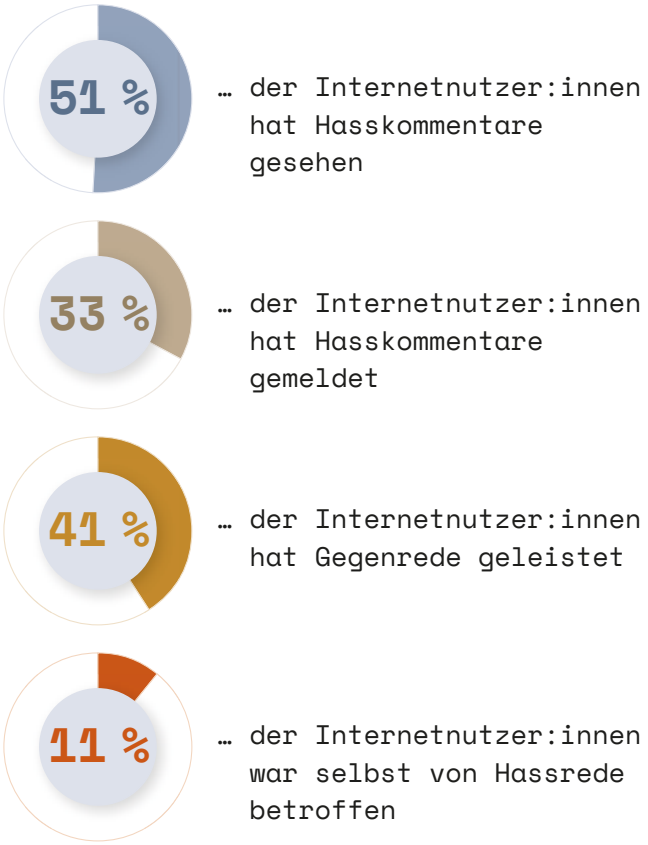
Ausgeübte Formen politischer Partizipation im Altersvergleich
Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten zwölf Monate, Vergleich zw. jüngeren Befragten (unter 35 Jahre) und älteren Befragten (ab 35 Jahren), ja/nein-Antworten möglich; n=956

Wie reagieren Bürger:innen auf Hassrede und Falschnachrichten im Internet?

Seit Jahren werden Demokratien weltweit von mehreren Problemen herausgefordert, die im Internet besonders sichtbar werden. Ein Beispiel für eine solche Herausforderung ist etwa die Hassrede: Herabwürdigende Beleidigungen einzelner Nutzer:innen und Hetze gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen führen öffentliche Debatten im Internet häufig über den Rand des gesellschaftlich Akzeptablen hinaus. Dies kann zu persönlichen Verletzungen und erheblichen psychologischen Belastungen für einzelne Personen führen. Zudem kann Hassrede eine einschüchternde Wirkung auf Bürger:innen haben, sodass diese sich aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen. Für demokratische Gesellschaften, für die die Repräsentation und Integration aller Bevölkerungsgruppen konstitutiv ist, stellt Hassrede im Netz deshalb eine erhebliche Gefahr dar.

Vor diesem Hintergrund ist es von gesellschaftlichem Interesse, wie Bürger:innen selbst das Problem Hassrede im Netz wahrnehmen und wie sie darauf reagieren. Die Befunde für das Jahr 2020 zeigen, dass gut die Hälfte der Internetnutzer:innen[3] (51 %) bereits mit Hasskommentaren im Netz in Kontakt gekommen ist. Im Vergleich zum Jahr 2019 ist dieser Anteil weitgehend konstant: Damals berichteten 54 Prozent, dass sie Hasskommentare im Netz gesehen haben. Es lässt sich jedoch erkennen, dass sich die Art und Weise der Reaktionen auf Hassrede verändert. Einerseits werden entsprechende Inhalte rege bei den Plattformbetreibern gemeldet: Ein Drittel der Internetnutzer (33 %) hat das in den zwölf Monaten vor der Befragung gemacht, sowohl im Jahr 2020 als auch im Jahr zuvor.

Auf der anderen Seite hat das verbale Entgegentreten mit „eigenen Worten“ (sog. Gegenrede) zugenommen. Während im Jahr 2019 noch 27 Prozent diese Art von Reaktion zeigten, stieg der Anteil im Jahr 2020 auf 41 Prozent.[4] Schließlich wurde 2020 neu erfragt, ob man selbst schon persönlich mit Hasskommentaren angegriffen wurde.



Hasskommentare – Wahrnehmung und Reaktion
Basis: Ausübung einer genannten Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, ja/nein-Antworten möglich; Internetnutzer n=921

[3] Anteil der Internetnutzer:innen 2019: 91 %, 2020: 93 %

[4] Zu berücksichtigen ist hier eine leicht unterschiedliche Fragestellung: 2019 lautete die Frage, die nur Personen gestellt wurde, die während des letzten Jahres Hassrede selbst gesehen hatten: „Haben Sie in dieser Zeit den Kommentarschreiber darauf hingewiesen, respektvoll zu bleiben?“ Im Vergleich dazu lautete die Frage im Jahr 2020: „Haben Sie dazu aufgefordert, respektvoll zu bleiben?“ Die Frage im Jahr 2020 war also etwas breiter formuliert, was die höheren Zustimmungsraten teilweise erklären kann.

Dies trifft immerhin auf elf Prozent der Internetnutzer:innen in der Stichprobe zu.[5] Insgesamt scheinen Bürger:innen Hassrede im Internet sehr klar als Problem wahrzunehmen – und sie versuchen selbst aktiv, ihr vermehrt mit eigenen Standpunkten zu begegnen.

Nicht erst seit der COVID-19-Pandemie sind „Fake News" ein kontroverses Schlagwort für Nachrichten und Nutzerkommentare im Netz, die zweifelhafte oder eindeutig falsche Inhalte verbreiten. Weil individuelle sowie gesellschaftliche Entscheidungen auf nachweisbaren Fakten basieren sollten, stellt Desinformation sowohl für die Handlungsfähigkeit von Bürger:innen als auch von Demokratien im Ganzen eine große Herausforderung dar. Deshalb wurde im Jahr 2020 ein Fokus der Studie auf die Wahrnehmung von und Reaktion der Bürger:innen auf Falschnachrichten im Netz gelegt.

Die Daten für die Gruppe der Internetnutzer:innen zeigen, dass etwa zwei von fünf Personen (39 %) im Internet in Kontakt mit Falschnachrichten gekommen sind. Von diesen hat eine klare Mehrheit andere vor solchen Inhalten gewarnt (65 %); immerhin 27 Prozent haben anschließend solche Falschnachrichten bei Plattformbetreibern gemeldet.[6] Falschnachrichten scheinen insgesamt also durchaus im Bewusstsein eines Teils der Bevölkerung zu sein. Dabei fällt die Reaktion der Bürger:innen auf Falschnachrichten etwas differenzierter aus als auf Hassrede: So ist nicht das Melden der Falschnachrichten bei verantwortlichen Instanzen die bevorzugte Reaktion; stattdessen wird stärker direkt vor solchen Inhalten gewarnt.

Betrachtet man nicht nur tatsächlich getätigte Handlungen gegen Hassrede und Falschnachrichten, sondern auch Antworten auf die Frage, ob Menschen sich für die Zukunft vorstellen können, so zu handeln, lässt sich das mögliche Potenzial dieser Handlungen abschätzen. Tatsächlich können sich größere Teile der befragten Bürger:innen, die dies bisher noch nicht getan haben, vorstellen, in Zukunft Hassrede (61 %) und Falschnachrichten (59 %) zu melden oder bei Hasskommentaren Gegenrede zu leisten (50 %).

Mit dem Eintreten gegen Hassrede und Falschnachrichten versuchen Bürger:innen, nicht nur sich selbst und andere vor der Wirkung dieser Inhalte zu schützen. Vorstudien im Rahmen unserer Forschungsgruppe haben gezeigt, dass sie oft auch dazu beitragen wollen, den Regeln eines fairen und zivilen Diskurses wieder Geltung zu verschaffen. Vor diesem Hintergrund betrachten wir diese neuen Handlungsformen als neue Form politischer Partizipation, die als „Online Civic Intervention" bezeichnet wird.[7] Diese steht im Zusammenhang mit sich wandelnden bürgerschaftlichen Normen, die in der Untersuchung ebenfalls in den Blick genommen wurden.

---

5 Ob es sich dabei immer um Hassrede im Sinne einer wissenschaftlichen Definition handelte, lässt sich auf Basis dieser Befragungsdaten nicht prüfen.

6 Anteil derjenigen, die Falschnachrichten gesehen haben, an allen Befragten 2020: 34 %

7 Siehe dazu: Porten-Cheé, P., Kunst, M., & Emmer, M. (2020). Online civic intervention: A new form of political participation under conditions of a disruptive online discourse. *International Journal of Communication, 14*, 514–534 https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/10639; Kunst, M., Porten-Cheé, P., Emmer, M., & Eilders, C. (2021). Do "Good Citizens" fight hate speech online? Effects of solidarity citizenship norms on user responses to hate comments. *Journal of Information Technology & Politics,* 1–16. https://doi.org/10.1080/19331681.2020.1871149

Bürgerschaftliche Normen

Die politische Kultur eines Landes ist nicht nur durch das politische Handeln von Bürger:innen geprägt, sondern auch durch die von ihnen geteilten Werte und Normen. Hier spielen sogenannte „Bürgernormen“ eine wichtige Rolle. Sie beschreiben gesellschaftlich geteilte Erwartungen an Werte und Verhalten von Bürger:innen. Die bisherige Forschung hat mehrere solcher traditioneller Bürgernormen identifiziert, so etwa die Erwartung, dass „gute“ Bürger:innen an politischen Diskussionen teilnehmen, sich über Medien über Politik informieren oder wählen gehen.[8] Da digitale Medien heute zahlreiche neue Formen politischer Partizipation ermöglichen wie die oben genannte „Online Civic Intervention“, stellt sich die Frage, inwieweit sich zu diesen neuen Formen bereits Normen entwickelt haben. In der ersten Untersuchungswelle 2019 wurde dazu eine Skala von Normen für die vernetzte Gesellschaft neu entwickelt, die in der zweiten Welle noch einmal erweitert wurde.

Es zeigt sich, dass das sehr hohe Niveau der Unterstützung bürgerschaftlicher Normen aus dem Jahr 2019 auch im Jahr 2020 weitgehend gehalten wurde, auch wenn im Durchschnitt der Rückgang in der Unterstützung einzelner Normen etwas stärker ausfiel als die Zunahme der Unterstützung bei anderen. Die Teilnahme an Bundestagswahlen (+6 %) oder die Verfolgung politischer Themen in den Medien (+5 %) wurde im Vergleich zum Vorjahr als etwas wichtiger eingeschätzt, die Teilnahme an politischen Demonstrationen (-4 %) dagegen als etwas weniger wichtig. Als Muster zeigt sich in den Befunden, dass die eher individuellen stärker als Norm angesehen werden als solche Handlungsweisen, die eine stärkere Interaktion mit anderen erfordern oder gar ein Auftreten in der Öffentlichkeit.

Traditionelle Bürgernormen
Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Antwortskala: sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig, gar nicht wichtig; n(2019)=1298, n(2020)=956, Veränderungen ggü. Vorjahr in %

[8] Siehe dazu: Dalton, R. J. (2008). Citizenship norms and the expansion of political participation. *Political Studies,* 56(1), 76–98. https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2007.00718.x

NORMEN FÜR DIE VERNETZTE GESELLSCHAFT

* Im Jahr 2020 erstmals erhoben

Normen für die vernetzte Gesellschaft
Basis: Reihe an Aktivitäten, die für einen guten Bürger oder eine gute Bürgerin sehr wichtig sind, Antwortskala: sehr wichtig, eher wichtig, eher nicht wichtig, gar nicht wichtig; n=956

Digitale Medien ermöglichen heute neue Formen politischer Partizipation, woraus sich die Frage ergibt, ob zu den bereits erläuterten traditionellen Normen auch neue normative Erwartungen hinzukommen, die durch den digitalen Wandel in der Bürgerschaft entstehen. Unsere Daten zeigen, dass Normen, die auf einen gut funktionierenden öffentlichen Diskurs im Internet abzielen, stark unterstützt werden. Darunter fällt etwa der aktive Einsatz gegen Falschmeldungen in den Medien oder gegen Hass und Hetze: Über drei Viertel (77 %) der Bürger:innen finden dies „sehr wichtig“. Dies deutet nicht nur auf ein großes Problembewusstsein in der Bevölkerung hin, sondern zeigt auch, dass Bürger:innen deutlich eine eigene Verantwortung wahrnehmen und dies nicht (nur) der Politik oder den jeweiligen Plattformbetreibern überlassen wollen.

Etwas überraschend ist dabei schließlich, dass gerade jüngere Menschen den neuen, internetbezogenen Normen eine weniger starke Bedeutung zumessen als ältere Menschen. Zwar unterstützen auch Jüngere mehrheitlich Normen wie „Informationen aus seriösen Quellen beziehen“ (78 %, Ältere: 79 %), bei vielen liegen die Älteren jedoch in ihrer Unterstützung deutlich vor den Jüngeren, etwa bei „Hass und Hetze in Diskussionen entgegentreten“ (80 zu 62 %) oder „Wissen über Politik mit anderen teilen“ (42 zu 25 %).